



Starkes Bevölkerungswachstum kann der Attraktivität der Schweiz abträglich sein.

MANUEL GEISSER / IMAGO

Personenfreizügigkeit: liberal oder antiliberal?

Die Personenfreizügigkeit ist ein zweischneidiges Schwert: Sie kann den Wohlstand steigern – oder ein Treiber illiberaler Innenpolitik sein. Gastkommentar von Reiner Eichenberger und Fabian Kuhn

Zur Personenfreizügigkeit herrscht Dissens. Ihre Befürworter betonen Offenheit, Wachstum und Dynamik, ihre Gegner Überlastung, Kosten und Wohlstandsverlust. Als Ursache dafür offenkundig sind unterschiedliche Interessen. Wer auf das gesamte Bruttoinlandprodukt (BIP) schaut, bewertet Zuwanderung meist positiv. Mehr Menschen bedeuten mehr Arbeit, Konsum und Produktion. Wer hingegen auf das BIP pro Kopf oder Wohlstand und Lebensqualität der ansässigen Bevölkerung schaut, kommt leicht zum gegenteiligen Schluss.

Wohlstandsunterschiede

Als Ursache vernachlässigt wurde bisher die Janusköpfigkeit der Personenfreizügigkeit: Sie hat ein gutes und ein schlechtes Gesicht. Sie ist gut, wenn die beteiligten Gebietskörperschaften ähnliche Institutionen haben, die Wohlstandsunterschiede klein sind, die für die Wandernden attraktiven Zielgebiete nicht viel kleiner als ihre Herkunftsgebiete sind und so die Wanderung weitgehend symmetrisch erfolgt. Das gilt zwischen Kantonen und Gemeinden innerhalb der Schweiz, zwischen manchen EU-Ländern oder auch zwischen Australien und Neuseeland. Die Einwohner können da hinziehen, wo es für sie am besten passt. Das bringt fruchtbaren Wettbewerb. Freizügigkeit zeigt, wo Politik besser funktioniert, und zwingt andere Gebietskörperschaften nachzuziehen.

Wenn die Institutionen ähnlich sind, können bisher weniger attraktive Regionen erfolgreiche Politik übernehmen, wodurch insgesamt der Wohlstand steigt. Oft müssen die Bürger gar nicht wirklich wandern, weil für Politikverbesserungen schon der intensivere Vergleich dank potenzieller Wanderung reicht. Zudem sind im Föderalismus die Hauptgewinner, die Wandernden selbst, Inländer.

Anders ist es bei der Personenfreizügigkeit zwischen der Schweiz und der EU. Die Schweiz hat andere Institutionen als viele EU-Staaten, namentlich direkte Demokratie, kleinräumigen Föderalismus und das Milizsystem. Dazu kommt ein signifikant höherer Wohlstand. Das BIP pro Kopf ist in der Schweiz mehr als doppelt so hoch wie im EU-Durchschnitt. Schliesslich hat sie zwar gut 9 Millionen Einwohner, aber die EU rund 450 Millionen. Damit sind die Bedingungen für eine wohlfahrtssteigernde Dynamik nicht erfüllt.

Asymmetrische Wanderung

Weil ihre Institutionen andere Anreize setzen und die Schweizer Politik nicht einfach kopiert werden kann, holen viele EU-Staaten kaum auf. Stattdessen resultiert eine permanente asymmetrische Wanderung in Richtung des kleinen, wohlhabenderen Landes. Damit steigen in der Schweiz die Füllungskosten. Wohnraum, Verkehrsinfrastruktur, Schulen und Energie- sowie Gesundheitsversorgung lassen sich nicht beliebig schnell und zu konstanten Kosten vermehren. Starkes Bevölkerungswachstum verteuert beschränkt verfügbare Güter, belastet die Infrastruktur und schwächt jene Qualitäten, derentwegen die Schweiz attraktiv ist.

Füllungskosten bleiben nicht einfach negative Externalitäten – sie lösen Abwehrreaktionen aus.

Wohnraum,
Verkehrsinfrastruktur,
Schulen und Energie- sowie
Gesundheitsversorgung
lassen sich nicht beliebig
schnell und zu konstanten
Kosten vermehren.

Wenn Bürger den Eindruck gewinnen, dass Zuwanderung Wohnkosten erhöht, Infrastruktur überlastet, Löhne drückt oder öffentliche Leistungen verschlechtert, versuchen sie sich davor zu schützen. Sie verlangen Regulierung und Umverteilung zugunsten langjähriger Inländer.

Die Politik reagiert mit Miet- und Arbeitsmarktregulierungen, Prämiensubventionen, Sozialausbau, Branchenprivilegien sowie Insider-Schutz und Ortsansässigen-Privilegien. Die 13. AHV-Rente oder die neuen extremen Prämienvverbilligungen im Tessin illustrieren diese Logik. Die Bürger stimmen für Subventionen, von denen vor allem die lang ansässigen Inländer profitieren, die aber grossenteils von Ausländern und Grenzgängern mitbezahlt werden.

So führt Entgrenzung nach aussen zu neuen Grenzen im Innern. Zudem verlieren wohlfahrtssteigernde Reformen Mehrheiten, weil jede Steigerung der Attraktivität mehr Zuwanderung auslöst, die den Gewinn über Füllungskosten wieder kompensiert. Damit wird die Personenfreizügigkeit zwischen der Schweiz und der EU statt zu einem liberalen Selbstläufer zu einem Treiber illiberaler Innenpolitik. Im Extrem bedeutet dies das Ende jener Freizügigkeit innerhalb der Schweiz, die im Föderalismus so produktiv ist.

Die Janusköpfigkeit der Personenfreizügigkeit prägt auch die Einstellung ihrer Befürworter. Kaum einer würde der EU empfehlen, mit Afrika Personenfreizügigkeit einzugehen, weil sie dafür die Einkommensunterschiede als viel zu gross sehen. Dabei sind die Einkommensunterschiede zwischen der Schweiz und vielen EU-Ländern um ein Vielfaches grösser als zwischen diesen EU-Ländern und afrikanischen Staaten.

Reiner Eichenberger ist Professor für Theorie der Wirtschafts- und Finanzpolitik an der Universität Freiburg (Schweiz) und Forschungsdirektor von Crema; **Fabian Kuhn** ist Diplomassistent am Lehrstuhl für Theorie der Wirtschafts- und Finanzpolitik an der Universität Freiburg.

Die neuen amerikanischen Prognosemärkte sind ausgefeilte Peer-to-Peer-Wettbörsen ohne klassisches «Haus». Sie treiben den Glauben an die Kraft von Prognosen mit ihrem Geschäftsmodell auf die Spitze. Gewettet wird immer nur um die «eine» Zahl, es geht um den Marktpreis für einen Ja- oder Nein-Kontrakt auf ein bevorstehendes oder hypothetisches Ereignis. Mitmachen kann jeder, und die Bewertungen der Plattformen – die grössten sind derzeit Polymarket und Kalshi – liegen mittlerweile im zweistelligen Milliardenbereich. Kalshi liegt derzeit vorn. Polymarket dagegen ist der innovativere Part, er agiert im Gegensatz zu Kalshi über die neuartige Blockchain-Technologie. Die Unternehmen verdienen insbesondere durch Transaktionsgebühren und nicht durch kalkulierte Margen, wie das bei den klassischen Wettanbietern der Fall ist.

Auch die Wettenden profitieren. Gemäss Analysen des «Wall Street Journal», sind bei Polymarket allerdings nur ein Drittel der Accounts profitabel, und zwei Drittel der gesamten Gewinne entfallen auf nur 0,1 Prozent. Die wichtigsten Wett-Trends sind derzeit weltpolitische Themen, insbesondere die US-Politik. Guter Geschmack, Ethik und Moral bleiben bei der Themenwahl vielfach auf der Strecke. Abstruse Jesus-Wetten laufen immer wieder, und Wetten auf Kriege oder zum Hantavirus sind wenig geschmackvoll. Das Wettprinzip ist simpel: Gewettet wird direkt zwischen den Spielern und nur auf binäre hypothetische Ereignisse. Deren Eintritt wird entweder mit einem Ja oder Nein bewertet. Gewinnen kann man pro Wettanteil immer nur 1 USDC (United States Dollar Coin, Währung bei Polymarket) bzw. 1 Dollar (Kalshi).

Die Plattformen sind aber nicht nur Wett-, sondern auch Handelsbörsen. Jeder Spieler kann sein Ja oder Nein während der laufenden Wette direkt an einen anderen Teilnehmer – gegebenenfalls mit Gewinn – verkaufen, man muss seine Position also nicht bis zum Ende halten. Vereinbart wird jeweils ein Ereigniskontrakt zum Marktpreis, d. h. zum

Wenn eine Zahl zur Meinungsäusserung wird

Boomende Prognosemärkte gelten in den USA mittlerweile als hocheffektive Alternative zu gängigen Umfragen.

Die Plattformen sind dabei nicht nur Wett-, sondern auch Handelsbörsen. Gastkommentar von Anja Brauneck

Wert der besagten «einen» Zahl zum jeweiligen Zeitpunkt. Die neuen Prognoseplattformen haben das traditionelle Format von Wetten nicht nur «aufgefrischt», vielmehr sind sie darüber hinaus ziemlich gute Indikatoren von in Preisen zusammengefassten Aussagen über die Zukunft. Die hieraus ableitbaren Vorhersagen sind oft um ein Vielfaches genauer als die üblichen Meinungsumfragen. Spätestens mit der US-Präsidentschaftswahl 2024 wurde dieser Vorteil offensichtlich. Einzig die Prognosemärkte lagen richtig. Grosse Medienhäuser wie Dow Jones, CNN und CNBC haben dieses Potenzial

inzwischen erkannt und für den Echtzeitzugriff auf die Prognosestände entsprechende Partnerschaften geschlossen. Vorhersagen der neuen Märkte sind seitdem fester Bestandteil seriöser Berichterstattungen – ganz im Sinne von Friedrich A. Hayeks Begriff von der «Weisheit der Masse». Natürlich bergen die Plattformen auch Risiken, funktioniert das Wechselspiel zwischen Erwartung und Marktpreis doch wie bei einem Finanzderivat. Um Manipulation und die Verwendung von Insiderwissen zu verhindern, gibt es denn auch rechtliche Instrumente. Kalshi und Polymarket werden aus ameri-

kanischer Sicht als Derivatehändler eingestuft und stehen daher unter der Aufsicht der «Commodity Futures Trading Commission», einer von der Regierung unabhängigen US-Bundesbehörde. Für Polymarket gilt diese Vorgabe allerdings nur für seinen «US-Teil», Polymarket «global» dagegen ist nach wie vor unreguliert. Die Plattform verbietet seit neuem aber in den eigenen Nutzungsbedingungen den Insiderhandel. Dazu kommt das Problem, dass Prognosemärkte auch selber die Ereignisse beeinflussen, die sie vorhersagen – wie das in der Finanzwelt auch der Fall ist.

In Europa haben einige Staaten den Zugang zu den Prognosemärkten aus den USA pauschal gesperrt, so auch die Schweiz und Deutschland. Die offizielle Begründung: unlizenzierter und deswegen illegales Geld-/Glücksspiel. Es geht auch um Suchtprävention. Das kann aber nicht der richtige Ansatz sein. Prognosemärkte beruhen meist auf Wissen, Analyse und Informationen, nicht auf Zufall, wie Gewinnspiele. Sie funktionieren letztlich als hocheffektive Informationsaggregatoren, womit das Recht auf Meinungsfreiheit ins Spiel kommt.

Die Plattformen stellen zwar «nur» eine Zahl (den Marktpreis) in den Raum. Diese ist aber nichts anderes als eine zusammengefasste Aussage aller Marktteilnehmer über ein erwartetes Ereignis. Wollen Staaten regulatorisch in die Prognosemärkte eingreifen, müssten sie ein zwingendes öffentliches Schutzinteresse nachweisen und aufzeigen, dass die Einschränkung der Meinungsfreiheit das mildeste Mittel ist. Pauschale Verbote von Prognosemärkten dürften daher klar verfassungswidrig sein, gerade bei Themen von erheblichem öffentlichem Interesse. Hier ist die Meinungsfreiheit besonders gewichtig. Noch sind die neuen Märkte vielen fremd. Der gesetzgeberische Druck dürfte dennoch massiv zunehmen. Auch darauf liesse sich wetten.

Anja Brauneck ist auf Kunst- und Medienrecht spezialisierte Rechtsanwältin in Starnberg (D).